

# Spinnrad

FORUM FÜR AKTIVE GEWALTFREIHEIT

Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes - Österreichischer Zweig



SUDAN | GEOPOLITIK | KOLUMBIEN | FRIEDENSGIPFEL

Nummer 2 | Juli 2023, € 3,-

## Liebe Leserinnen und Leser!

Sudan, China & USA, Kolumbien, Russland. Es ist eine weite Reise, auf die wir euch in diesem Spinnrad mitnehmen, zu Schauplätzen, die nicht immer im Vordergrund stehen, zu Konflikten, die heute in Europa oft „nachgereiht“ oder (noch) nicht so ganz bedacht werden. Es sind spannende und komplexe Erzählungen von Mächten und Menschen, denen wir in dieser Sommerausgabe der Zeitung darum viel Platz eingeräumt haben. Es sind weniger Artikel als gewöhnlich, dafür berichten sie ausführlich:

Zum Beispiel über den gewaltvollen Konflikt im Sudan, die Auswirkungen in der Region, und die Akteur:innen, die nach kurz- und langfristigen Lösungen suchen (Moses Monday John, S. 3).

Oder vom (noch?) vermeidbaren Krieg, der sich um die militärische/wirtschaftliche/generelle Vormachtstellung zwischen den USA und China anbahnt, wo der Ausweg in einem Neu-denken und einem Rückbesinnen auf diplomatische Gemeinsame-Sicherheitskonzepte besteht (Joseph Gerson, S. 6).

Außerdem berichten wir vom langen Atem im Ringen um den Frieden...

... und das würdevolle Leben in Kolumbien (Michaela Söllinger, S.10).

... der Menschen in Russland und im Exil, die den Kriegsdienst verweigern und Verweigernde unterstützen (Maria Alexandrova, S.14).

... von Menschen, die beim Summit for Peace in Ukraine im Juni in Wien teilnahmen (Irmgard Ehrenberger, S.17).

Und dann ist zwar noch nicht alles gesagt, aber das Spinnrad voll. Doch keine Sorge, im Herbst kommt dann das nächste!

**Lucia Hämmerle**  
für das Redaktionsteam

- 02 | Editorial, Impressum
- 03 | **Sudan: Es gibt keine militärische Lösung**  
von Moses Monday John
- 06 | **Der vermeidbare Krieg und der Imperativ einer Diplomatie der Gemeinsamen Sicherheit**  
von Joseph Gerson
- 10 | **Casa Madre – ein Sicherheitsnetz weben und Frieden säen**  
von Michaela Söllinger
- 14 | **Die Menschen wollen nicht zum Krieg einberufen werden**  
Interview mit Maria Alexandrova von der Bewegung für Kriegsdienstverweigerung
- 17 | **Von Friedensschwurbler:innen und Cheerleadern des Krieges**  
von Irmgard Ehrenberger

Gastkommentare müssen nicht mit der Meinung des Redaktionsteams übereinstimmen.

### Information zu Mitgliedschaft und Abonnement:

- ▷ Abonnement der Zeitschrift Spinnrad: € 12
- ▷ Mitgliedschaft: € 50 (erm. € 30, Selbsteinschätzung)
- ▷ unterstützende Mitgliedschaft: € 250
- ▷ fördernde Mitgliedschaft: € 500

**Herstellerin:** Print Alliance HAV Produktions GmbH, Druckhausstr. 1, 2540 Bad Vöslau;

**Verlagspostamt:** 1080 Wien

**Bankverbindung:** Bawag-PSK,

BIC: BAWAAT33

IBAN: AT94 6000 0000 9202 2553

**Preis der Einzelnummer:** € 3,-

**Abonnement:** € 12,- (Inland), € 15,- (Ausland)

**Für Mitglieder des IVB kostenlos!**

# Sudan: Es gibt keine militärische Lösung

Von Moses Monday John

**B**is zur Trennung im Jahr 2011 waren der Sudan und Südsudan ein Land. Seit der Unabhängigkeit des Südsudans werden wir oft als „südsudanesisch und sudanesisch“ bezeichnet, als ein Volk, das in verschiedenen Ländern lebt. Darum haben wir viel gemeinsam, was auch der Grund ist, warum die südsudanesische Zivilgesellschaft die Situation im Sudan genau verfolgt. ONAD (der Südsudanesische Zweig des Versöhnungsbundes, Anm. der Übersetzung), war früher als Organisation Teil von SONAD<sup>(1)</sup>, wobei es zuerst ein Büro in Khartum und ab 2006 auch eines in Juba gab, ein Jahr nachdem das Friedensabkommen unterzeichnet wurde. Seit Jahren arbeiten wir hier zu den Themen Frieden und Gerechtigkeit.

Nach der Abspaltung des Südsudans blieben andere Gruppen von marginalisierten Menschen im Sudan, etwa in Darfur, dem Nuba Gebirge, der Southern Blue Nile Region oder dem Ostsudan. Menschen aus diesen Gebieten wurden sozio-ökonomisch und politisch marginalisiert, da die meisten Personen in Führungspositionen aus dem Norden des Landes kommen. Die sozialen und entwicklungspolitischen Angebote richten sich darum vorwiegend an Khartum und den Norden, auf Kosten der anderen Regionen. Im April 2019 wurde der Diktator al-Bashir nach über 30 Jahren durch Zivilen Widerstand gestürzt und durch einen zivilen Premierminister ersetzt. Zusätzlich wurde ein militärischer Souveräner Rat geschaffen, da das Militär einen Teil der Macht für sich beanspruchte. Im Oktober 2021, stürzte das Militär in

Zusammenarbeit mit den Rapid Support Forces (RSF) die zivil geführte Regierung. Premierminister Abdallah Hamduk und die Minister seines Kabinetts wurden von der Militärjunta inhaftiert, was zur Suspendierung des Sudans als Mitglied der Afrikanischen Union führte und der Beginn der politischen Krise war. Das ist der Kontext, in dem sich die Geschehnisse im Sudan heute bewegen.

### Der aktuelle Konflikt

Der Konflikt, der am 15. April ausbrach, besteht zwischen zwei Generälen, dem Anführer der Sudanese Armed Forces, Gen. Abdel Fattah al-Burhan, und Gen. Mohamed Hamdan Dagalo, dem Anführer der RSF. Diese beiden waren einmal Verbündete, die zur Zeit Bashirs zusammengearbeitet haben. Die RSF waren Teil der Janjaweed, Milizgruppen, die als Paramilitärs gegen die Black Africans in Dafur gekämpft haben, wo sie viele Gräueltaten begingen.

Die Kämpfe jetzt begannen, weil die RSF in die Armee integriert werden sollten um offiziell EINE ARMEE für den Sudan zu werden. Sie waren gegen die kurze Eingliederungsperiode – der Vorschlag war sechs Monate bis zu einem Jahr. Die Anführer der RSF jedoch meinten, dass eine Eingliederung erst stattfinden könnte, nachdem eine demokratisch gewählte Regierung im Amt ist. Diese Uneinigkeit führte letztendlich zum Beginn der Schießereien. Das Land war davon überrascht, aber einige von uns hatten das bereits erwartet, da wir sahen, dass die Spannungen immer mehr

zunahmen und dass es darüber hinaus noch andere Probleme gab, die in Zusammenhang mit einer schlechten Umsetzung des Juba-Friedensvertrags mit anderen bewaffneten Gruppen standen.

Derzeit sind Khartum und die meisten anderen strategischen Zentren zwischen den kämpfenden Parteien aufgeteilt. Manche Gebiete werden von den RSF, andere von der nationalen Armee kontrolliert. Viele Menschen fielen den Kämpfen zu Opfer, mehr als 1000 Menschen haben ihr Leben aufgrund des Krieges verloren. Und weil die Opfer immer noch gezählt werden, ist diese Zahl vielleicht auch noch nicht ganz richtig. Bilder und Videos, die auf Sozialen Medien geteilt werden, zeigen, dass viele Gebiete in Khartum gesperrt sind, man sieht Leichen, die nicht einmal begraben werden können.

Da der Konflikt bereits länger wütet, sind die ausländischen Missionen aus Khartum nach Port Sudan umgesiedelt. Das ist die größte Hafenstadt. Der internationale Flughafen Khartum bleibt geschlossen. Normales Arbeiten ist fast unmöglich. Die Menschen sind alle zuhause, verstecken sich und die Stadt steht still. Es gibt keine offiziellen Zahlen dazu, wie viele Menschen Khartum verlassen haben. Wir wissen aber, dass mehr als 700.000 Menschen aus dem Sudan geflohen sind.<sup>(2)</sup> Diejenigen, die in den Südsudan kommen, sind nicht nur Südsudanesischen, sondern eine Mischung aus Heimkehrenden und Menschen unterschiedlichster Nationalitäten. Es sind Menschen aus dem Südsudan, die nach Hause kommen wol-

(1) SONAD ist die „Sudanese Organization for Nonviolence and Development“, der sudanesischer Versöhnungsbund  
(2) <https://www.voanews.com/a/un-says-more-than-700-000-sudanese-internally-displaced-in-fighting/7084983.html>



### IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

**Verleger, Herausgeber:** Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

**Redaktion:** Irmgard Ehrenberger, Pete Hämmerle, Lucia Hämmerle, Thomas Roithner

**Adresse:** Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;

**Tel./Fax:** 01/408 53 32;

**Email:** office@versoehnungsbund.at

**Website:** www.versoehnungsbund.at

**Umschlagdesign & Layout:** Lucia Hämmerle

len, aber auch Sudanes:innen, die Zuflucht suchen und Menschen anderer Nationalitäten. Manche kommen, um in ihre Heimatländer zurück zu fliegen, andere um sich hier niederzulassen, bis absehbar ist, was passieren wird und wann sie zurück gehen können.

Als Folge des bewaffneten Konflikts hören wir von Plünderungen in Wohngebieten, bei Firmen und öffentlichen Institutionen, sowie in Geschäften, Einkaufszentren und Bankinstituten. Es ist schwierig festzustellen, wer genau für welche Taten verantwortlich ist. Jene, die die Situation beobachten, werden mit der Zeit wissen, wer was wann und wo getan hat. Zusätzlich gibt es Berichte, dass Menschen auf der Flucht vor dem Konflikt beraubt werden. Ihre Wertgegenstände werden ihnen abgenommen. Wir hörten auch von Vorfällen wie Vergewaltigungen und Ausbeutung. Auch Südsudanes:innen werden zu Opfern, das beinhaltet auch ihre Tötung. Wenn es Unsicherheit gibt, sehen das viele Leute als Möglichkeit sich zu bereichern.

#### Zusammenarbeit mit unseren Partner:innen im Norden

Unsere erste Reaktion war mit unseren Kolleg:innen in Khartoum Kontakt aufzunehmen, also riefen wir sie an. Zum Glück haben die Telefonverbindungen noch funktioniert, obwohl es in manchen Gebieten Probleme gibt, einzelne Menschen zu erreichen.

Als nächstes gründeten wir Zivilist:innen die Gruppe „Because of our Country“. Das ist eine Initiative von Bürger:innen, die schnell reagieren und Unterstützung geben wollen. Wir wissen, dass Nichtregierungsorganisationen oft in ihren Budgets und der Zuweisung von Geldern eingeschränkt sind, also ist es schwierig kurzfristig Geld aufzustellen. Darum haben wir beschlos-

sen uns selbst der Sache anzunehmen. Wir haben verschiedene Hilfsgruppen organisiert, z.B. kontaktierte eine Gruppe Firmen um ihre Unterstützung zu gewinnen und Autos und Flugzeuge zu mieten um die Heimkehrenden und die Flüchtlinge zu transportieren.

Eine andere Gruppe beschäftigt sich mit der Aufnahme und der humanitären Unterstützung. Wenn die Menschen kommen, haben viele von ihnen nichts dabei. Sie bringen nicht einmal Wechselgewand. Manche kommen ohne Essen und Wasser. Sie brauchen Wasser, sie brauchen Nahrung, sie müssen wo unterkommen und brauchen Medizin. Es gibt Menschen, die hospitalisiert waren, als sie flüchten mussten. Und während sie flüchten, brauchen sie immer noch medizinische Aufmerksamkeit, weil sie ja direkt aus dem Krankenhaus kommen. Darum gibt es ein humanitäres Team und eines, das sich um Gesundheit kümmert. Es gibt Menschen, die zuständig für Kommunikation und Advocacy sind, da es viele gibt, die irgendwo gestrandet sind und nicht wissen, wie sie evakuiert werden können. Wir senden ihnen Informationen und sagen ihnen: „Wenn du in den Süden kommen willst, ruf diese Nummer an und dir wird geholfen. Wir bringen dich in Kontakt mit den Trucks, die in den Süden fahren.“

Ich bin Teil des Teams, das sich mit den Themen rund um die Friedensbemühungen beschäftigt. Wir treffen uns mit den Delegierten der Regierung, da die Regierungen des Südsudans, Kenias und Djiboutis von der Intergovernmental Authority on Development (IGAD)<sup>(3)</sup> beauftragt wurden im Konflikt zu vermitteln. Also sprachen wir mit unserer Regierung und kontaktierten unsere Kolleg:innen im Sudan um sie nach ihren Prioritäten zu fragen. Wir wissen, dass dieser Konflikt nicht unser Konflikt ist, und wir wol-

len ihnen nicht unsere Sichtweise aufzwingen, also mussten wir sie fragen: „Was ist das Anliegen, das wir kommunizieren sollen?“

Die erste Forderung ist ein umgehender Waffenstillstand. Die Konfliktparteien müssen aufhören zu kämpfen, damit jene, die sich nicht mehr sicher fühlen, evakuiert werden können. Dabei geht es auch darum, dass die Kämpfe Menschen vertrieben haben, die dann auf der Straße gelandet sind. Diese Menschen verdienen eine Chance zurückzukommen und mit ihren Familien wiedervereint zu werden.

Weiters müssen zivile Ziele geschützt werden. Videos und Fotos, die in den Sozialen Medien geteilt werden, zeigen, dass bewaffnete Gruppen in Wohngebieten kämpfen. Das ist gefährlich für die Zivilist:innen, die im Kreuzfeuer sterben können. Es ist außerdem illegal, da das Humanitäre Recht Kämpfenden nur erlaubt andere Kampftruppen anzugreifen, keine Zivilist:innen. Deswegen sollte es unmöglich sein dort anzugreifen, wo die Zivilbevölkerung lebt. Aber beide Seiten wollen sich nicht aus der Stadt zurückziehen, also bleiben sie und kämpfen aus strategischen Gründen.

Diese Anliegen, sowie die Anliegen jener, die krank oder verwundet sind und ins Krankenhaus müssen, wurden angesprochen. Jedoch gibt es Fälle, wo auch Krankenhäuser zerbombt oder attackiert wurden, genauso wie Kirchen. Im April gab es einen Fall, wo eine koptische Kirche in Bahri während einer Sonntagsmesse attackiert wurde. Beide Seiten machten die jeweils andere dafür verantwortlich. Darüber hinaus ist unklar, wie groß die Zahl von einzelnen Aktivist:innen ist, die verschwunden sind oder bedroht werden.

Als Reaktion auf die Situation wurden zwei Initiativen ins Leben geru-

fen, die Afrikanische Initiative und die Amerikanisch-Saudi Arabische Initiative. Letztere führte zur Unterzeichnung der Humanitären Erklärung, einem erneuten Bekenntnis zur Genfer Konvention. Was bei den politischen Verhandlungen passiert, ist noch ungewiss. Im Moment ist der Konflikt noch akut. Die Waffenstillstandsvereinbarungen, die die beteiligten Parteien unterschreiben, werden nicht respektiert. Jeden Tag wird weitergebombt und Menschen verlieren ihr Leben. Es ist ein Problem, dass die einfache Bevölkerung des Sudans nicht in die Verhandlungen eingebunden war. Wir betonen immer, dass es keinen Frieden im Sudan geben wird, wenn seine Bevölkerung nicht an den Verhandlungen teilnehmen darf. Ein Abkommen zwischen Warlords wird immer zu ihren eigenen Gunsten ausfallen und nicht im Interesse der sudanesischen Bevölkerung.

Die meisten Aktivist:innen vorort können momentan nicht viel tun. Sie können sich nicht real treffen und müssen sich für ihre Kommunikation auf das Internet verlassen. Wir hofften, dass sich die Situation mit der Zeit beruhigen würde und die wirklich betroffenen Akteur:innen – die Bürger:innen, vertreten durch Gruppen der Zivilbevölkerung, Gruppen von Gläubigen und auch Angehörige politischer Parteien – sich in die Verhandlungen zur politischen Einigung einbringen können. Sie sollten diejenigen sein, die einen Plan entwerfen, der die Situation im Sudan adressiert.

#### Unterstützung im und vom Südsudan

Im Südsudan glauben wir, dass ein fortgeführter Konflikt im Sudan sehr gefährlich ist. Wir kennen bewaffnete Konflikte, die Jahrzehnte andauern und in denen es keine militärische Lösung geben kann. Die Parteien im Konflikt und die Zivilbevölkerung müssen deswegen vielleicht

einen hohen Preis bezahlen. Der Konflikt wird vielleicht auch genutzt werden, um eine fremde Agenda zu stützen, statt nationale oder regionale Friedensbemühungen.

Die Menschen im Sudan nahmen vor ein paar Jahren während und nach dem Konflikt im Dezember 2013 Menschen aus dem Süden auf. Darum haben wir eine moralische Verpflichtung den Sudanes:innen gegenüber.

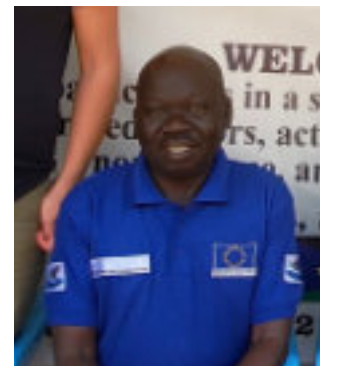
Außerdem besteht ein wirtschaftliches Interesse. 90% unserer Wirtschaft im Südsudan steht in Verbindung zu dem Öl, das durch den Sudan transportiert wird. Ein fortdauernder Krieg im Sudan bedeutet eine mögliche Unterbrechung und im Süden würden wir dann einen großen wirtschaftlichen Preis dafür zahlen.

Wenn es um Sicherheit geht, ist es so, dass der Konflikt im Sudan eine Bedrohung für alle Nachbarländer und der gesamten Region darstellt. Darum müssen wir die ganze Gegend mitbedenken. In der jüngeren Vergangenheit gab es Spannungen bezüglich der Grenzen zwischen Sudan und Äthiopien wegen des Anspruchs auf das Gebiet Alfasaga im Osten des Sudans. Der Auslöser des Konflikts war die Errichtung des Renaissance Damms in Äthiopien. Wir befürchten, dass der Ausbruch von Gewalt, wenn er nicht schnell adressiert wird, die Polarisierung in der Region verstärken wird. Die Situation könnte dazu missbraucht werden, den Krieg zur Förderung nicht nur lokaler, sondern auch internationaler Interessen auszuweiten.

Bereits am 2. Mai gab es einen Protest und eine Friedensmahnwache vor der sudanesischen Botschaft in Juba, die von Aktivist:innen organisiert wurden. Unser Anliegen an den Botschafter war, dass wir, die Bürger:innen des Südsudans, ein Ende des Kriegs im Sudan wollen. Es gibt keine militärische Lösung für diesen Konflikt. Die Beteiligten

sollten auf Mediation und Verhandlungen setzen um den Konflikt zu lösen. Der sudanese Botschafter in Juba sprach zu den Protestierenden und betonte, dass die sudanese Regierung sehr bemüht ist, einen Weg aus der Situation heraus zu finden.

Die Gruppe von Freiwilligen im Südsudan, die ich anfangs erwähnte, waren die ersten, die die sudanese Flüchtlinge und die Rückkehrer:innen willkommen heißen haben und ihr eigenes Geld dafür in die Hand nahmen. Die Regierung musste sich erst versammeln, diskutieren und das Budget bestätigen. Wir wissen nicht, wann dieses Geld zur Verfügung stehen wird und die Unterstützung beginnen kann. Aber wir sehen, dass die Regierung auf den schnellen Einsatz der Bürger:innen reagiert und nun auch schnell handeln will. Darüber hinaus vertrauen wir auf die Fähigkeit der Menschen im Sudan eine friedliche Lösung für den laufenden Konflikt zu finden.



**Dr. Moses Monday John** ist Executive Director bei der Organization For Nonviolence And Development (ONAD) im Südsudan. Die Organisation arbeitet für ein gewaltfreies, friedliches und demokratisches Land, indem sie Ausbildungen anbietet, Forschung ermöglicht und Fürsprache hält.

(3) Ein subregionales Gremium, das sich mit Konflikten und Entwicklung in der Region beschäftigt





## Der vermeidbare Krieg und der Imperativ einer Diplomatie der Gemeinsamen Sicherheit

Von Joseph Gerson

Die Intensivierung militärischer Konfrontationen zwischen den USA und China, sowie ihr wirtschaftlicher, technologischer und diplomatischer Wettstreit ist eine klassische Wiederholung der Thukydides-Falle – die unvermeidbaren Spannungen zwischen einer aufsteigenden und einer absteigenden Macht, die historisch betrachtet oft in katastrophalen Kriegen gipfelten: zwei Mal im 20. Jahrhundert. Eine potenzielle nukleare Katastrophe ist nicht unvermeidbar. Ihr kann durch den Druck sozialer Bewegungen von unten und durch eine Diplomatie der Gemeinsamen Sicherheit, deren Vision und Bestandteile wir helfen müssen mitzugestalten und zu verfechten, vorgebeugt werden.

Ob wir nun die aggressiven Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsstrategien der Biden-Administration, das US-chinesische Wettrüsten, ihre provokanten Militäroperationen im Indo-Pazifik, ihre

Ideologien von Schicksal und Sonderstellung oder die Klimakrise betrachten – wir sehen uns mit einer besonders gefährlichen Zeit konfrontiert.

Während der Ukrainekrieg jetzt im Zentrum der Aufmerksamkeit der Welt steht, geht es um weit mehr als die Ukraine. Es ist nicht nur einfach ein krimineller russischer Krieg der Aggression und ukrainische nationale Verteidigung, was es natürlich auch ist. Aber wie die jüngste U.S. National Security Strategy erklärt: „Die Zeit nach dem Kalten Krieg ist definitiv vorbei und der Konkurrenzkampf der großen Mächte um das, was jetzt kommt, zu gestalten, findet bereits statt.“ Der Krieg, sein Grauen und atomare Drohungen sind bedeutende Elemente im globalen Kampf um Macht und Privilegien. Sie reflektieren das Ende der Pax Americana und der bipolaren USA-Russland Ausrichtung und die Geburt einer neuen und gefährlich ungewissen

mehrpolygonen Ära. Zur existenziellen Gefahr kommt die nicht vorhandene Kooperation hinzu, die jedoch notwendig wäre, um die Verwüstungen des Klimawandels abzuwenden.

In Anbetracht der gegenseitigen strategischen Abhängigkeit Russlands und Chinas, sowie der chinesischen Abhängigkeit von US-Technologien und den europäischen Märkten, hat China sowohl viel zu verlieren als auch viel zu gewinnen im Ukrainekrieg. Durch wirtschaftliche und in eingeschränkter Weise auch diplomatische Unterstützung des Kremels versucht die Führungsriege Chinas sicherzustellen, dass Washington und die NATO sich weiterhin mit einer großen militärischen Macht Russlands konfrontiert sehen. Diese Konzentration westlicher militärischer und ökonomischer Ressourcen bedeutet eine Verringerung des bedrohlichen Aufbaus des Militärs im Indo-Pazifik. Zusätzlich zeigen die von Beijing erarbeiteten 12 Punkte des „Positi-

onspapiers zur Politischen Einigung in der Ukraine-Krise“, die Warnungen bezüglich eines russischen Einsatzes von Atomwaffen, die Weigerung die Waffenarsenale von Moskaus Militär aufzufüllen, das Globale Sicherheitskonzept und die Vermittlung des Deals zwischen dem Iran und Saudi Arabien, dass Chinas Partnerschaft mit Russland nicht grenzenlos ist. Xis „Friedensdiplomatie“ stellt darüber hinaus auch Washingtons Rolle als ultimativer diplomatischer Schlichter in Frage.

Auch jetzt, wo die USA Kriegsschiffe in die Straße von Taiwan entsenden, atomwaffenfähige Bomber über Südkorea fliegen lassen, ihre militärischen Bündnisse stärken, ihre militärische Präsenz im Indo-Pazifik ausweiten und die Ein-China-Politik unterwandern, ist die kurzfristige Priorität Washingtons den Ukrainekrieg zu nutzen, um Russland zu schwächen. Aber auch das steht in Verbindung mit China. In Asien, Europa und dem globalen Süden arbeitet die Biden-Regierung daran die bereits vor vier Generationen etablierten Bretton Woods/NATO-Systeme zu retten und abzusichern und den von ihr wahrgenommenen Bedrohungen der sogenannten „regelbasierten“ Ordnung durch Russland (aktuell) und China (langfristig) zu widerstehen.

Es stimmt schon, die Invasion durch Russland, Chinas bedrohliche Marinestreitkräfte in philippinischen und vietnamesischen Gewässern und Chinas Weigerung die Entscheidung des Internationalen Schiedsgerichtshofs in Bezug auf die Souveränität in der südchinesischen/westphilippinischen See zu respektieren, sind nicht die einzigen groben Verstöße gegen die „regelbasierte Ordnung“. Jedoch sollte man auch an die Invasionen von Vietnam, Afghanistan und Irak durch die USA, die Weigerung der Regierung Reagan an den Anhörungen beim Internationalen Ge-

richtshof zum Krieg gegen die Contras teilzunehmen, die Unterstützung Washingtons für die israelische Apartheid und vieles mehr denken.

Die Hauptverpflichtungen in der National Security Strategy der Biden-Regierung sind klar: China kontrollieren und „übertreffen“, während man Russland „einschränkt“. Die Strategie ist ein Update für Obamas Hinwendung zu Asien (die Zusage 60% der Marine- und Air Force Streitkräfte in der Asien-Pazifik Region einzusetzen) und Trumps protektionistische Handelspolitiken, während sie verlangt, dass die USA ihre „unübertroffene“ militärische Kampffähigkeit beibehält. Präsident Biden prahlte, dass „die USA zurück sind“. Seine Nationale Sicherheitsstrategie, sein militärischer Aufbau und die US-Militäroperationen im Indo-Pazifik und in Europa sind alle darauf ausgerichtet diese Prahlerie zu untermauern.

Die Sicherheitsstrategie warnt davor, dass China und Russland mehr und mehr auf einer Linie sind, aber erklärt, dass die Herausforderungen, die sie jeweils darstellen, „unterschiedlich“ sind. Der „chinesischen Bedrohung“ im „entscheidenden Jahrzehnt“ wird der Ehrenplatz eingeräumt. Die Volksrepublik wird als die „einzige Konkurrentin gesehen, die sowohl die Absicht hat die internationale Ordnung umzugestalten, als auch die notwendige ökonomische, diplomatische, militärische und technologische Macht um dies auch zu tun.“ Chinas Vermittlung des Iran-Saudi Arabien-Deals scheint diesen Punkt zu bestätigen. Die Strategie erklärt außerdem, dass die Erweiterung des chinesischen Militärs und seine Modernisierung die „tempobestimmende Bedrohung“ ist, die das militärische Planen und Tun und – was ich noch hinzufügen würde – Investieren der USA bestimmen. Der technologische Primat gilt als bestimmend für militärische und ökonomische Macht und die Strategie

legt fest Chinas ökonomische Herausforderung.

Die Strategie erkennt die gegenseitige ökonomische Abhängigkeit der USA und Chinas an und bietet eine zweiteilige Eindämmungsstrategie an: massive Investitionen um die US-amerikanische Wirtschaft und technologische Innovationen als Grundlage der Macht zu revitalisieren und eine tiefgreifende Abstimmung mit Verbündeten und Partner:innen. Die erste Säule wurde mit einem \$560 Milliarden schweren Boost der US-amerikanischen Wirtschaft und \$52 Milliarden an Zuschüssen für die Halbleiter- und High Tech-Industrie unterstützt.

Bidens Leute wissen, dass die USA ihre Hegemonie nicht alleine durchsetzen können, daher priorisieren sie die Integration der militärischen, wirtschaftlichen und technischen Macht ihrer Verbündeten, um Chinas Herausforderung entgegenzutreten. Sie festigten die QUAD-Allianz mit Japan, Australien und Indien. Die AUKUS-Allianz (Australien, Großbritannien und die USA) wurde ausverhandelt. Südkorea und Japan werden dazu angehalten historische Differenzen zu ignorieren, um eine Tripleallianz zu gründen. Das zweite Marcos-Regime in den Philippinen wandte sich wieder einer Militärallianz mit den USA zu. Das neue Strategiekonzept der NATO setzt die Einschränkung Chinas als Priorität. Das Militär und die technologische Infrastruktur dieser Länder werden miteinander vernetzt, wobei die G-7 Zusage vom Mai, China im Zaum zu halten, und das von Biden ins Leben gerufene Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF) der Leim sind, der die Sache zusammenhält.

China ist auch nicht untätig... In den letzten Jahren hat das Land Berichten zufolge seine Atomwaffenarsenale aufgestockt und könnte daran arbeiten in diesem Bereich den USA nachzueifern. Die Marine ist größer als die in Ostasien stationierte 7. Flotte der USA. Im-



mer wieder wurden Kampfflugzeuge über die kritische Linie in der Taiwan-Straße geschickt. Und seine Weltraum- und Cyberwaffen könnten jene der USA vor Herausforderungen stellen.

Taiwan ist der Angelpunkt und der gefährlichste potenzielle Krisenherd in diesem geopolitischen Wettkampf. Führende Analyst:innen Washingtons sind sich einig, dass Beijing, von plötzlichen Fällen unerwarteter militärischer Un- oder Vorfälle abgesehen, in näherer Zukunft nicht vor hat Taiwan einzunehmen. Aber der beiderseitige Wahnsinn treibt den US-Kongress in immer größere Konfrontation und in einen, wie der australische Botschafter es nennt, vermeidbaren Krieg.

Für China ist die Wiedervereinigung mit der, wie sie es wahrnehmen, strategisch bedeutenden und abtrünnigen Provinz, die 1895 zuerst durch Japan vom Festland getrennt wurde und seit 1949 ein US-amerikanisches Protektorat ist, eine nationale Priorität, die Trophäe, die es braucht, um anderthalb Jahrhunderte der Demütigung zu überwinden. Für die USA, jetzt auch Japan, und eventuell die Philippinen, ist Taiwan eine geostrategische Ressource, um Chinas Marine einzuzengen, und eine demokratische Gesellschaft, die nicht geopfert werden darf.

Die USA sind keine unschuldige Partei, die sich nur der Autonomie Taiwans verschrieben hat. Von Trump begonnen und von Biden im Prozess beschleunigt, versuchen die USA Taiwan vollständig in ihre Sphäre einzubinden, was die Ein-China-Politik, für die die USA ein Lippenbekenntnis abgibt, untergräbt. Diese Politik war eine Grundlage für die Beziehungen der USA und Chinas und die Stabilität in Nordost-Asien, seit „normale“ Beziehungen zwischen diesen Staaten 1979 wieder aufgenommen wurden.

Chinas gegen Taiwan gerichtete Militäroperationen haben sich seit dem unbesonnenen Besuch der damaligen Sprecherin des Repräsentantenhauses der USA, Nancy Pelosi, in Taiwan vervielfacht. Als Antwort auf das Treffen von Taiwans Präsident Tsai mit McCarthy, dem derzeitigen Sprecher des Repräsentantenhauses, demonstrierte China, dass sie in der Lage sind die Insel zu blockieren. Wenn man einen Unfall oder eine Misskalkulation, die eine Eskalation hin zu einem größeren militärischen Konflikt zur Folge hätten, verhindern will, müssen die USA und China ihren Willen zur Deeskalation der Spannungen signalisieren, indem sie ihre provokativen Luft- und Marineeinsätze vor Taiwan reduzieren. Vor dem kürzlich abgehaltenen Treffen der G-7 signalisierte Präsident Biden, dass er ein Auftauen der Beziehungen zu China erwarte. Aber die konfrontative Deklaration des Treffens wurde von Beijing zurückgewiesen, Präsident Xi verbot ein mögliches Treffen zwischen US-amerikanischen und chinesischen ranghohen Militärs.

Es gibt weitere mögliche Auslöser für einen katastrophalen regionalen

Krieg, der sowohl die USA als auch China involvieren würde. Der militärisierte chinesisch-japanische Streit um die Senkaku/Diaoyu Inseln oder der Wettbewerb um die Kontrolle über die Ressourcen und Seewege im südchinesischen/westphilippinischen Meer (das mehr als 40% der globalen Handelswaren, einschließlich des Erdöls aus dem Nahen Osten und Indonesien, essenziell für Ostasien, durchqueren) könnten einen militärischen Konflikt auslösen. Die japanische Regierung Kishida bereitet sich auf einen Konflikt vor, indem sie das Militärbudget verdoppelt. Tokio ist bereits auf Platz sechs bei den Militärausgaben, hat eine fortschrittliche Marine und das japanische Militär pochte in den letzten 60 Jahren auf das Recht, Zugriff auf taktische Atombomben, in Größe der Hiroshima-Bombe, zu haben. Artikel 5 des gegenseitigen US-Japanischen Verteidigungsvertrages besagt, dass die USA im Falle eines Angriffs Japan zu Hilfe kommen müssen.

Und dann gibt es noch Korea. Die Spannungen haben sich mit dem wachsenden Atomwaffenarsenal Nordkoreas auf der einen, und den großen Militärübungen von Südko-



Treffen der G7 2023

Bild: 首相官邸ホームページ, CC BY 4.0. via Wikimedia Commons

rea-USA-Japan auf der anderen Seite verstärkt. Letztere sollen zeigen, dass man durchaus in der Lage wäre Nordkorea zu zerstören und die Kim-Dynastie zu stürzen. Mitglieder der südkoreanischen Friedensbewegung drängen auf eine Fokussierung auf Kriegsprävention in Korea, beginnend mit einem Friedensabkommen, das das 70 Jahre alte Waffenstillstandsabkommen ablöst, bis hin zur Prävention eines katastrophalen zweiten Koreanischen Kriegs. Da alle Parteien in diesem Spannungsverhältnis nukleare oder konventionelle Erstschlagdoktrinen haben, besteht die Sorge, dass wir auf einen sehr gefährlichen Kippunkt zusteuern.

Da sowohl die USA als auch China, wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise, Interessen im Ukraine-Krieg haben, und die Möglichkeit besteht, dass dies ein langfristiger Krieg wird, was eine horizontale (geografische) oder vertikale (atomare) Eskalation begünstigt, ist es zwingend notwendig auf einen Waffenstillstand und Verhandlungen zu drängen. Aber über die Ukraine hinaus liegen die größten Gefahren im vermeidbaren Krieg zwischen den USA und China und dem Unvermögen Beijings und Washingtons bei der Umkehr der Auswirkungen des Klimanotfalls zusammenzuarbeiten. Während die Ressourcen und Energien der reichsten und mächtigsten Nationen der Welt und jene ihrer Verbündeten darauf fokussiert sein sollten, den Fuß vom Gaspedal zu nehmen, weil wir uns auf der „Autobahn zur Klimahölle“ (UN-Generalsekretär Guterres) befinden, und die Vorbereitungen zur atomaren Apokalypse geschwind weitergehen, schlafwandeln die USA und China auf eine Katastrophe zu.

Europäer:innen können eine Schlüsselrolle zur Umkehr in diesem Marsch in Richtung Krieg spielen. China hat das Recht friedlich aufzusteigen, aber friedlich bedeutet ohne nötige Politik gegen-

über den Nachbar:innen und mit Respekt für die Menschenrechte. Europäische Stimmen, die Sicherheits- und Handelsvereinbarungen abseits des konfrontativen Ansatzes Washingtons fordern, können wichtige vermittelnde Rollen einnehmen.

40 Jahre nach seinem Erscheinen erinnern sich nicht genug Menschen an den Common Security Report von 1982, der erklärte, dass keine Nation alleine ihre Sicherheit gewährleisten kann, sondern dass Sicherheit nur mit und nicht gegen die anderen geschaffen werden kann. Das war auch das zugrunde liegende Paradigma des INF-Vertrags (Mittelstrecken-Nuklearstreitkräfte-Vertrag), des Endes des Kalten Kriegs vor dem Fall der Berliner Mauer und der Sicherheitsarchitektur nach dem Kalten Krieg. Dieses Paradigma beruht auf einer alten Wahrheit: „Sicherheit kann nicht unilateral erreicht werden. Wirtschaftlich, politisch, kulturell oder militärisch – wir leben in einer eng verwobenen Welt und keine Nation kann Sicherheit auf Kosten einer anderen erreichen.“

Gemeinsame Sicherheit bedeutet nicht Umarmungen und süße Küsse, noch ist sie alles, was unsere Friedensbewegungen verlangen. Aber sie ist essentiell, um die immer gefährlicher werdenden Spannungen der großen Mächte zu zerstreuen. Eine neue Initiative des International Peace Bureau, der Campaign for Peace, Disarmament and Common Security, Peace MOMO in Südkorea und verbündeten Wissenschaftler:innen arbeitet an einer Vision und einem Engagement für eine Gemeinsame Sicherheit Ostasiens. Wir müssen unsere Forderungen noch finalisieren, aber sie könnten Folgendes beinhalten:

- ▶ Annahme von „no first use“ Doktrinen
- ▶ Verhandlungen neuer multilateraler Atom- und High-Tech Abrüstungsverträge

- ▶ Wiederaufnahme der Kommunikation zwischen den Armeen der USA und Chinas
- ▶ Schaffung eines neuen Paradigmas anstelle von „Ein Land, zwei Systeme“, um die taiwanische Demokratie zu schützen und einen friedlichen Weg der Zusammenführung mit China zu finden
- ▶ Respekt für den Entscheid des Internationalen Schiedsgerichts zu den Souveränitätsansprüchen im südchinesischen Meer und den Abschluss multinationaler Verhandlungen für einen Code of Conduct auf See
- ▶ Ersetzen des koreanischen Waffenstillstands durch ein Friedensabkommen, eine Nordost-asiatische Atomwaffenfreie Zone und die Verkleinerung der Streitkräfte auf der koreanischen Halbinsel

Vor mehr als einem Jahrzehnt erklärte der damalige UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon einer internationalen Zusammenkunft von Friedensaktivist:innen, dass die Regierungen uns Frieden oder Abrüstung nicht am Silbertablett servieren werden. Diese, so sagte er, werde es nur geben, wenn Druck von unten kommt. Und das ist die Herausforderung, die vor uns liegt.

**Joseph Gerson** ist Präsident der Campaign for Peace, Disarmament and Common Security und der Co-Vorsitzende des Committee for a Sane U.S.-China Policy. Er veröffentlichte u.a. die Bücher „Empire and the Bomb“ und „With Hiroshima Eyes“.





Auf dem Bild: Eröffnung von Casa Madre

## Casa Madre – ein Sicherheitsnetz weben und Frieden säen

Von Michaela Söllinger

Vier Jahre ist es her, dass der Versöhnungsbund bei einer Erkundungsreise nach Kolumbien das erste Mal die Gemeinde Blanquita Murrí in Antioquia besuchte. Im November 2020 begann dann mit Unterstützung von Horizont 3000 unser Begleitprojekt in Antioquia, bei dem auch der interethnische Runde Tisch von Blanquita Murrí zusammen mit FOR Peace Presence und IELCO, der Lutherischen Kirche Kolumbiens, begleitet wird.

Der interethnische Runde Tisch für den Frieden wurde 2018 im Licht des Friedensvertrages von 2016 zwischen der damals größten Guerilla-Gruppe FARC-EP und der kolumbianischen Regierung gegründet.<sup>(1)</sup> Unter den Motti „Drei Stränge sind stärker als einer“ und „Frieden ist mehr als das Schweigen von Waffen“ versuchen die verschiedenen Kulturen - afrokolumbianische, Embera Eyabida und Campesina –

den Aufbau eines friedlichen Zusammenlebens selbst in die Hand zu nehmen. Unter ihnen sind auch ehemalige FARC-Kämpfer:innen, die sich nach den Friedensverträgen in dieser ihrer Herkunftsregion niedergelassen haben. Versöhnung spielt eine wesentliche Rolle im Versuch dieses kollektiven Aufbaus. Das Gebiet von Murrí leidet seit den 70er-Jahren unter der Präsenz illegaler bewaffneter Gruppen. Anfangs waren hauptsächlich Guerillagruppen, später auch Paramilitärs und das staatliche Heer präsent. In den letzten vier Jahren sind vor allem die letzteren beiden in der Region aktiv. Eine zivile staatliche Präsenz mit sozialen Einrichtungen ist völlig unzureichend. Von den ursprünglich fast 70 ehemaligen FARC-Kämpfer:innen, die sich in der Region niedergelassen haben, verließen einige die Gemeinde wieder, meist wegen fehlender Sicherheit.

### Die Casa Madre

In den letzten Jahren hat der interethnische Runde Tisch in unzähligen Treffen und Diskussionen einen Leitfaden hin zu einem friedlichen, kollektiv ausgerichteten Leben erarbeitet. Der Runde Tisch nennt diesen Leitfaden „Plan de Vida“ (Plan für das Leben). Dieser soll trotz der widrigen Umstände den Weg für ein würdiges Leben für die Bewohner:innen der Region in Einklang mit ihrer Umwelt ebnen. Die langfristige Vision ist, das gesamte Territorium, das von ungefähr 10.000 Indigenen, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Afrokolumbianer:innen bewohnt wird, zu einem geschützten, sicheren, friedlichen Raum umzugestalten: als „Casa Madre“ (Haus der Mutter), in dem man sicher und geborgen ist. Sich dafür zu engagieren ist in Kolumbien ein gefährliches Unterfangen. Kolumbien und insbesondere das Departement Antio-

(1) Der damalige Präsident Manuel Santos erhielt dafür 2016 den Friedensnobelpreis.

quia zählt zu den Gebieten mit den weltweit am meisten getöteten lokalen sozialen Führungspersönlichkeiten, Menschenrechts- und Umweltverteidiger:innen. Gerade deshalb spielen gewaltfreie Schutzmechanismen für die „Casa Madre“ eine wesentliche Rolle.

Als ersten Samen, der mit viel Pflege zu einem Zuchtbeet für „Friedenssamen“ herangedeihen soll, hat der Interethnische Runde Tisch ein Rundhaus mit humanitärem Charakter, das als Ort der Begegnung, als Ort der Gespräche um und für den Frieden dienen soll, errichtet. Das Rundhaus soll auch der Praxis des gemeinschaftlichen Ackerbaus zur Stärkung der Ernährungssouveränität dienen und somit die Gemeinschaft stärken. Es soll auch das Verbleiben im Territorium bei eventuellen Bedrohungen erleichtern. Nach jahrelanger Planung und vier Monaten gemeinsamer Anstrengungen wurde das Haus am 9. Mai 2023 eröffnet.

„Wir hatten viele Diskussionen, wie wir einen so schönen, wichtigen und signifikanten Ort nennen sollen. Schlussendlich wollten wir es „Casa Madre“ nennen. [...]. Die Casa Madre bedeutet sehr viel für uns. Im Zentrum befindet sich [für die Eröffnung] eine Figur, die eine Gebärmutter darstellt. Die Gebärmutter ist ein Organ, das für das Leben steht. Es ist in uns Frauen, in unseren Müttern [...]. Und heute sind wir hier. Für uns bedeutet die Casa Madre: Unsere Mutter. Sie wird uns beschützen.“

Blanca Balarín, Höchste Autorität der Embera Eyábida von Frontino, Mitglied des Interethnischen Runden Tisches



„Drei Stränge sind stärker als einer.“

### Schutzmechanismen des Casa Madre durch Stärkung und das Verweben der drei Stränge

Der Schutz, den diese Mutter/das Haus/das Territorium langfristig bieten soll, setzt sich aus vielen Komponenten zusammen. Die Gemeinschaft selbst, die Einheit, und das gemeinsame Füreinander-Einstehen sind zentrale Punkte, sie bilden die schützenden Mauern des Rundhauses. Die soziale Entwicklung und Festigung derselben sind ein laufender Prozess. Das gemeinsame Erstellen des Hauses ist ein erster Schritt dazu.

### Keine Casa Madre ohne Territorium

Das heißt, dass man das Land pflegen und schützen muss. Dies stellt die Gemeinschaft und Eigeninteressen auf die Probe, v.a. da im Gebiet traditionell Gold und jetzt auch Kupfer abgebaut werden sollen. Das Territorium ist ein sehr waldreiches, regenreiches, von Flüssen durchzogenes Hochtal. Im Bau des Rundhauses wurde daher auf Bambus gesetzt, welcher vor Ort wächst.

Nur ein geschütztes, gepflegtes Territorium kann Sicherheit geben:

gute Luft, Wald, Wasser und fruchtbares Land sind Grundvoraussetzungen für einen würdigen Lebensraum im Einklang mit den kulturellen Bedürfnissen der ansässigen Bevölkerung, und um einen gewissen Grad an Ernährungssicherheit zu erreichen. Der Plan des Lebens peilt Ernährungssicherheit durch Ernährungssouveränität an, die im Einklang mit kulturellen Ernährungsweisen wie traditionellem Fischfang, Sammeln und Jagen ist, neben kleinbäuerlichem, biologischem Ackerbau. Neben dem Rundhaus befindet sich ein biologischer Garten zur Zucht von Gemüse sowie Küchen- und Heilkräutern. Hinter dem Rundhaus befindet sich ein geschütztes Waldstück mit Bach, das zu einem Stück Land führt, wo bald gemeinschaftlich Grundnahrungsmittel wie Mais und Bohnen angebaut werden sollen. Die Samen und Setzlinge sollen über das ganze Land verbreitet und ausgetauscht werden, und langfristig soll das Rundhaus mit den Gartenanlagen auch als agroökologische Schule dienen.

### Den Frieden aussäen

Im ersten Licht der Morgendämmerung verlässt die Delegation zu



Maultier Blanquita-Murri<sup>(2)</sup> und lässt das Rundhaus hinter sich. Vertreter:innen des Interethnischen Runden Tisches und der Gemeinde Altos de Murri, so wie FOR Peace Presence, FOR Austria und Begleiter:innen des lutherischen Projektes „Comunidades por la Vida“ (Gemeinden für das Leben) machen sich kurz nach der Eröffnung des Rundhauses auf nach Altos de Murri. Altos de Murri ist die einzige afrokolumbianische Gemeinschaft in Gemeindegebiet von Murri. Sie ist im interethnischen Runden Tisch vertreten und gehört zu den entlegensten Ansiedlungen.

Der Weg nach Altos de Murri wäre an sich nicht schwierig, jedoch ist er lang und auf Grund fehlender Infrastruktur anstrengend und gefährlich, sodass nur sehr wenige Personen aus Altos de Murri am Aufbau und der Eröffnung teilnehmen konnten. Auch das ist ein Grund, warum die Delegation des Runden Tisches die Reise auf sich nimmt. Den Informationsfluss zu garantieren ist ein wesentliches Element in der Organisation von auf Gewaltfreiheit basierenden Basisgruppen, vor allem in Konfliktgebieten, wo Gerüchte und Falschinformationen

weitreichende Folgen haben und Vertrauensaufbau ein delikates, langfristiges Unterfangen ist.

Nach mehreren Stunden Ritt von Flussbett zu Flussbett und der Überquerung von sechs Flüssen zu Pferd - über Brücken oder durch das Wasser - erreicht die Delegation den Fluss Gengamecodá. Grün-schimmerndes Wasser schnell eine Schlucht-ähnliche Engstelle hinab. Die Ufer sind durch eine Hängebrücke verbunden, die für einzelne, schwindelfreie Passierende geeignet ist. Sie wurde von den Bewohner\*innen und Helfer\*innen errichtet. Das Gelände, das 2020 noch großteils vorhanden war, gibt es nicht mehr, zwei dünne Drahtschnüre geben etwas Halt. Einige Trittbretter warten auf Ersatz.

Die Arrieros (Maultiertreiber), die ständig ein Auge auf die Unerfahrenen der Delegation haben, beginnen die Lasten- und Reittiere abzusatteln. Einzelnen werden die Sättel von ihnen über die Brücke ans andere Ufer gebracht.

Dann kommen die Tiere dran. „Son acuáticos“ (sie sind Wasser gewohnt), erklären die Einheimischen. Tatsächlich schwimmen die Maul-

tiere in Kleingruppen durch den Fluss, bevor sie sich am anderen Ufer hochstemmen.

Bis alles am anderen Ufer gesattelt und geladen ist, vergeht eine Stunde. Und weiter geht es zum nächsten Fluss – dem Penderisco. Wir erspähen schon nach 20 Minuten durch den Wald einige im Wind wehende Metallseile. Es sind Reste einer Hängebrücke, die von der afrokolumbianischen Gemeinde gebaut worden war. Die Brücke hielt ungefähr ein Jahr lang, bis ein Hochwasser einen Riesenbaum mit sich riss und sie zerstörte.

Die Maultiertreiber beginnen abermals die Maultiere abzusatteln. Stück für Stück werden die Sättel von ihnen mit einem Einbaum ans andere Ufer gebracht. Schließlich wird die Delegation in Zweiergruppen im Einbaum über den teilweise turbulenten Fluss gebracht.

Dann kommen die „aquatilen“ Pferde dran, die diesmal schwimmend einen deutlich breiteren Fluss überqueren.

Von der Ankunft am Penderisco bis zum Weiterritt vergeht wieder mehr als eine Stunde. Penderisco und

Chaquenodá vereinen sich nach der Übertrittsstelle zum Fluss Murri, und zwei Stunden flussabwärts, zehn Stunden nach dem Aufbruch, erreicht die Delegation ihr Ziel Altos de Murri.

Die ungefähr sechzig Familien, die in Altos de Murri leben, haben nur diesen Weg, um zum Gemeindehauptort zu kommen. Sie müssen Reisen auf diesem Weg auf sich nehmen, sei es um einzukaufen, zum Arzt zu gehen oder sogar um Amtswegen in der Bezirkshauptstadt Frontino nachzukommen. Ohne Brücken ist der Aufwand unverhältnismäßig groß und gefährlich. Zudem sind die Flüsse oft tagelang so wasserreich, dass sie ohne Brücken gar nicht überquert werden können. Das gleiche gilt für mehrere indigene Dörfer, die am Weg nach Altos de Murri liegen.

Gespannt erwarten nicht nur die Bewohner:innen von Altos de Murri die Delegation, es sind viele Indigene und Afrokolumbianer:innen aus umliegenden Ansiedlungen, zum Beispiel aus dem angrenzenden Departemente Urao, gekommen. Sie sind alle gespannt auf das Treffen. Viele haben vom interethnischen Runden Tisch gehört, manche von der Casa Madre. Die Vorstellungen und Erwartungen sind sehr verschieden.

Der Versammlungsort ist übervoll, und als sich nachts der auf das Wellblechdach prasselnde Regen beruhigt, kann das Treffen beginnen. Drei Hauptthemen sollen abgedeckt werden: Was ist der Interethnische Runde Tisch? Was ist die Casa Madre? Was hat der Runde Tisch erreicht und welche nächsten gemeinsame Schritte kann man setzen?

Mit großer Aufmerksamkeit werden die Delegierten angehört. Das Konzept des Rundhauses als ziviler

Versammlungs- und Schutzort, als geschütztes Aufzuchtbeet für ein friedliches Miteinander war einigen Helfer:innen der Region bereits bekannt, viele hörten zum ersten Mal, dass das gesamte Territorium so gedacht werden könnte.

Als 2020 das erste Mal eine Delegation des Interethnischen Runden Tisches nach Altos de Murri kam, war die Zahl der Malariafälle sehr hoch. Mit Hilfe eines öffentlichen Briefes an die Regierung und auf Grund der Beharrlichkeit des Runden Tisches und dessen Begleitorganisationen erreichte man schließlich die permanente Anstellung eines Malariagesundheitsexperten, der sowohl Diagnose als auch die Behandlung vor Ort durchführen kann. Dies ist nur einer der Fortschritte, den die Bewohner:innen gemeinsam erreicht haben und der als große Verbesserung der Lebensqualität gesehen wird.

Beim Thema Erreichtes werden erste Erfolge des gemeinsamen Aufstehens für die Grundrechte ins Bewusstsein gerückt: die verschiedenen Gesundheitsbrigaden, die in die entlegenen Gebiete kamen, Personalverstärkung für die Schulkoordination, Stärkung und Weiterbildung der Indigenenwache, mehr Kenntnisse über die eigenen Rechte und wie man sie einfordern kann, die bessere Vernetzung und natürlich das Rundhaus Casa Madre werden genannt.

Am Ende des Treffens werden Pläne geschmiedet und Prioritäten gesetzt. Die Brücken über die Flüsse Gengamecodá und Penderisco stehen ganz oben. Von bereiten Brücken über diese zwei Flüsse würden alle Bewohner:innen von Altos de Murri und den umliegenden indigenen Dörfern massiv profitieren. Der Schulweg ist für viele Kinder oft nicht bewältigbar, Kranke oder Verletzte zu evakuieren ist

zeitaufwendig und schwierig. Gerade letzteres erklärt auch die Forderung nach einem Boot für das Dorf, um im Notfall, sei es wegen Krankheit oder wegen des Konfliktes, schnell aus dem Gebiet wegkommen zu können. Bildung ist eine weitere wichtige Säule im „Plan de Vida“ (Plan für das Leben). Die Erneuerung der veralteten Schule von Altos de Murri ist eine weitere Forderung.

Diese Treffen selbst sind eine sehr große Errungenschaft. Ganz selbstverständlich diskutieren ehemalige FARC-EP-Kämpfer:innen, Indigene, Afrokolumbianer:innen und Kleinbäuerinnen und Kleinbauern - alle Bewohner:innen des Territoriums -, wie sie die Rechte und Zugänge zu Ressourcen, die sie jeweils als spezifische Gruppe haben, für den gemeinsamen Plan des Lebens nutzen können.<sup>(3)</sup> Es wird versucht, gemeinsam den Boden für die Samen der Casa Madre aufzubereiten.

(2) Der Gemeindehauptort Blanquita-Murri, wo das Rundhaus steht, ist von der Bezirkshauptstadt über einen 64 km langen, nicht-asphaltierten Weg erreichbar. Aufgrund des Zustands des Weges braucht der öffentliche Bus durchschnittlich 9 Stunden.



Der Fluss Gengamecodá mit Hängebrücke.

(3) Zur Zeit der Verfassung des Artikels wird im Kongress Kolumbiens über einen Verfassungsartikel abgestimmt, der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern den Sonderstatus eines kollektiven Subjekts geben soll. Indigene und Afrokolumbianer:innen haben bereits einen verfassungsrechtlichen Sonderstatus.



# Die Menschen wollen nicht zum Krieg einberufen werden

Interview mit Maria Alexandrova von der Bewegung für Kriegsdienstverweigerung

## Maria, erzählst du uns ein bisschen über deinen persönlichen und beruflichen Hintergrund?

Ich bin die internationale Community Managerin der Bewegung für Kriegsdienstverweigerung in Russland. Das bedeutet, dass ich die Kommunikation mit unseren internationalen Partner:innen aufrechterhalte, ich gehe zu Treffen und Konferenzen und beschreibe monatlich detailliert, was in Bezug auf Kriegsdienstverweigerung in Russland passiert. Ich komme aus Moskau, aber ich bin seit Januar 2022 nicht mehr dort gewesen. Ich studiere an der Universität von Edinburgh in Schottland, ich werde nächstes Jahr mein Studium in Sozialpolitik und Politik abschließen. Seit 2018 interessiere ich mich für das Studium der Politik, als ich die Abwicklung der Präsidentschaftswahlen in Russland beobachtet habe, bei denen Nawalny nicht kandidieren durfte. Das Ausmaß der Proteste, die Polizeigewalt und die Verhaftungen haben mich im Grunde dazu inspiriert, mehr Wissen über politische Systeme und die Entwicklung von Demokratien zu sammeln, damit ich dieses Wissen irgendwann in Russland anwenden kann. Jetzt ist natürlich unklar, wann ich zurückkehren werde, denn wenn ich jetzt zurückkehre, werde ich wahrscheinlich genauso verfolgt werden wie meine Kolleg\*innen, mit denen ich 2021 während der Wahlen zur Duma für oppositionelle Kandidat\*innen gearbeitet habe und die mit Polizeirazzien, Druck auf ihre Familien, Verwaltungsverfahren und in einigen Fällen auch mit Strafverfahren konfrontiert sind. Mir könnte das bei meiner Rückkehr ebenso passieren, und obwohl ich mir um mich persönlich keine Sorgen mache - ich bin auf die Konsequenzen vorbereitet - möchte ich nicht, dass meine Familie leidet. Deshalb arbeite ich vom Ausland aus unter falschem Nachnamen. Ich glaube, dass ich so mehr bewirken kann, weil ich die Kommunikation aufrechterhalten und die Botschaft darüber verbreiten kann, wie es ist, in Russland für Menschenrechte und eine antimilitaristische Zukunft zu kämpfen.

## Wie war die Situation der Wehrdienstverweigerer vor dem Krieg und wie hat sie sich während des Krieges verändert?

Die Verweigerung des Wehrdienstes war in Russland schon immer kompliziert. Der Armeedienst ist für jeden Mann zwischen 18 und 27 Jahren verpflichtend. Wenn Soldaten ihr Pflichtjahr in der Armee abgeleistet haben, bleiben sie in der Reserve. Im Falle eines Konflikts kön-

nen sie jederzeit einberufen werden. Aber auch in Zeiten ohne Konflikt ist der Militärdienst in Russland sehr aggressiv organisiert. Die Armeeingehörigen berichten, dass sie unter einem enormen emotionalen Druck stehen, dass sie im Grunde genommen als Individuen gebrochen werden. Sie dürfen keine Bücher lesen, sie haben keinen Zugang zum Internet, sie erfahren viel Gewalt von ihren Kameraden und von älteren Armeeingehörigen. Es ist ein physisch hartes Umfeld, die Bedingungen sind schlecht, aber es ist auch psychologisch schwierig. Ich sprach mit vielen Männern, die ihren Militärdienst absolviert hatten, und sie sagten, dass sie im Jahr des Militärdienstes einige ihrer wesentlichen Fähigkeiten, die sie vor dem Militärdienst hatten, verloren, da sie von jeglichen Informationen abgeschnitten waren und keine Möglichkeit hatten, sich intellektuell weiterzuentwickeln.

Es gibt einen gesetzlichen Zivildienst, aber die Akzeptanz dafür ist sehr gering. Leider haben wir keine genauen Zahlen, weil die Regierung die Zahlen der Bewerber nicht veröffentlicht. Die Zahlen, die wir haben, sind jene Personen, die angenommen wurden, sowie die Ablehnungsquoten. Der Zivildienst dauert zwei Jahre, wir haben in der Regel 500 Zivildienstleistende pro Jahr, die Ablehnungsquote liegt bei 47 Prozent. Nach Angaben unseres Arbeitsministeriums bewerben sich also rund tausend Männer für den Zivildienst und nur ein Teil von ihnen bekommt ihn. Aber natürlich ist die Zahl der Bewerbungen viel höher, einige werden einfach übergangen oder unter falschen Vorwänden ignoriert. Deshalb fördert unsere Organisation nicht nur den Zivildienst, sondern wir helfen auch Menschen, die den Armeedienst aus anderen Gründen, wie z.B. medizinischen, verweigern. Das war die Situation während der letzten Dekade.

Seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine hat sich die Situation wie erwartet verschlechtert. Es gab viel größeres Interesse an unserer Arbeit. Die Menschen wollen nicht zum Krieg einberufen werden. Immer mehr Menschen kommen zu uns, um sich beraten zu lassen, und immer mehr folgen uns auf unseren sozialen Medien. Wir führen Beratungen auf Telegram und YouTube durch, wo unsere Berater\*innen Fragen in Echtzeit beantworten können. Im Jahr 2022 dauerte die längste dieser Beratungen über zehn Stunden, das war im September, als die Mobilisierung angekündigt wurde. Neben dem regulären Zustrom von Menschen, die nicht

zur Armee gehen wollen, haben wir jetzt eine größere Zielgruppe, weil Menschen zu uns kommen, um sich über die Vermeidung der Einberufung beraten zu lassen. Es gibt sogar eine neue Zielgruppe, nämlich Militärpersonal, das bereits eine Weile beim Militär gearbeitet oder einen Vertrag unterschrieben hat, sich aber nicht an der Aggression gegen die Ukraine beteiligen will. Es ist sehr kompliziert, unter den derzeitigen Umständen zu arbeiten, aber wir tun unser Bestes und berichten in unseren Monats- und Jahresberichten über die erfolgreichen Fälle. Ich glaube, dass wir im letzten Jahr über 200 Personen erfolgreich beraten haben.

Wir versuchen auch, der Desertion an der Front und den schwierigen Umständen, denen Deserteure ausgesetzt sind, Beachtung zu schenken. Soweit wir wissen, gab es über 400 Gerichtsverfahren wegen Befehlsverweigerung oder wegen Abwesenheit von der Einheit. Diese werden hart bestraft. Die tatsächlichen Zahlen sind immer noch unklar, da vielen Personen, die ihre Einheit verlassen oder Befehle nicht befolgt haben, ein Angebot gemacht wird: „Wir können dein Fehlverhalten ignorieren, wenn du zurück an die Front gehst.“ Wir haben keine Möglichkeit zu erfahren, wie viele Personen ein solches Angebot angenommen haben. Bevor ein Gerichtsurteil gefällt wird, bzw. bevor ein Angebot angenommen wird, wird großer emotionaler Druck, im Grunde eine emotionale Folter, auf diese Menschen ausgeübt. Die Menschen werden in einer Art Konzentrationslager untergebracht, in jedem dieser Lager befinden sich etwa

300 Menschen. Sie erfahren körperliche Gewalt und werden vor ihrer Einheit denunziert. Wir wissen, dass es mindestens 13 solcher Lager gibt.

## Was ist mit Kriegsdienstverweigerern oder Deserteuren, die Russland verlassen. Wohin gehen sie? Was erwartet sie dort? Bekommen sie politisches Asyl?

Unter den von mir beschriebenen Umständen ist das Verlassen des Landes im Grunde die einzige Möglichkeit, um sicherzustellen, dass man sich nicht an der Aggression gegen die Ukraine beteiligen muss. Es ist sehr schwierig, die Zahl der Menschen zu schätzen, die Russland aus diesem Grund verlassen haben. Wir wissen, dass im September, als die Teilmobilisierung angekündigt wurde, 200.000 Menschen innerhalb der ersten Woche das Land verließen. In der zweiten Jahreshälfte waren es insgesamt etwa 700.000 Menschen.

Die meisten dieser Menschen gehen in die Nachbarländer, denn um ins Ausland zu gehen, benötigt man nicht nur ein Visum, sondern auch einen internationalen Reisepass, den die meisten Russ\*innen in den ländlichen Gebieten nicht einmal haben, weil sie ihn noch nie gebraucht haben. Menschen ohne internationalen Pass können in eine begrenzte Anzahl von Ländern wie Armenien, Kasachstan und Kirgistan einreisen. Wenn man einen internationalen Pass hat, kann man in Länder wie Georgien einreisen, aber ohne Visum kann man dann nicht weiterreisen. Und der Aufenthalt in den Nachbarländern Russlands ist für Kriegsdienstverweigerer und jene, die den Wehrdienst vermeiden, immer noch sehr gefährlich. Wir haben mehrere Fälle von Deportation aus diesen Ländern beobachtet. Ein Kriegsdienstverweigerer fühlt sich also immer noch nicht sicher und hat nicht das Gefühl, dass er sich auf der Straße zeigen kann, weil er jederzeit abgeschoben und direkt an die Front geschickt oder zu einer Gefängnisstrafe verurteilt werden kann. Aus diesem Grund versuchen viele Menschen in die Europäische Union zu kommen, denn in der EU sind ihre Rechte geschützt, sie werden nicht abgeschoben. Das bedeutet aber, dass sie ein Visum für die Einreise benötigen, und in letzter Zeit wird der Antrag auf ein Touristenvisum vollständig abgelehnt, selbst wenn die Person nicht einwandern will.

Wir hatten so einen Fall in Athen während einer Konferenz des Europäischen Büros für Wehrdienstverweigerung, zu der wir vier Personen einladen wollten, die in Russland oder in den Nachbarländern wohnten. Allen vier wurde die Einreise verweigert. Touristenvisa werden nicht ausgestellt, und die Menschen können nicht in das Land einreisen, es sei denn, sie erhalten eine andere Art von Visum wie ein Arbeitsvisum, ein Studentenvisum oder politisches Asyl. Politisches Asyl erhält man aber nur in jenem Land, in das man zuerst einreist. Da



Maria Alexandrova bei ihrem Besuch in Wien





es nur begrenzte Transportmöglichkeiten in die EU gibt und Menschen, die in die EU einreisen wollen, höchstwahrscheinlich kein Visum haben, können sie nicht in diese Länder einreisen. Wenn sie beispielsweise durch die Türkei reisen müssen, wird ihnen politisches Asyl in einem EU-Land verweigert, da dies nicht ihr erstes Einreiseland war. Die Menschen versuchen, ein humanitäres Visum zu beantragen, aber nur in Deutschland und Litauen kann man ein solches beantragen. Ein normaler Kriegsdienstverweigerer erhält kein humanitäres Visum, denn dafür muss er seinen politischen Hintergrund und seine Beteiligung an der Oppositionspolitik nachweisen. Man muss Journalist oder Aktivist sein, man muss eine Person mit einer politischen Vorgeschichte sein, die ein erhebliches Risiko im Falle des Verbleibs in Russland nachweisen kann. Verweigerer aus Gewissensgründen, Menschen, die sich noch nie politisch engagiert haben, aber wissen, dass sie nicht auf der Seite des Aggressors kämpfen wollen, haben keine Beweise vorzuweisen, die ihren Wunsch, in der EU zu bleiben, untermauern. Eine Person, die zum Beispiel aus Gewissensgründen das Land verlassen hat, bevor sie überhaupt einen Einberufungsbescheid erhalten hat, einfach weil sie Angst hat, kann mit der Begründung abgelehnt werden, dass für sie kein Risiko besteht. Man könnte ihr sagen, dass nur 300 Personen pro Jahr eingezogen werden und dass es unwahrscheinlich ist, dass es gerade sie trifft.

**Ist das nicht seltsam? Auf der einen Seite sieht die EU Russland als Aggressor an. Wenn Menschen der Armee des Aggressors davonlaufen, schwächt das doch auch seine Armee.**

Deshalb starten wir gemeinsam mit anderen demokratischen Bewegungen in Russland Advocacy-Kampagnen, in denen wir die europäischen Institutionen auffordern, ihre Einwanderungsgesetze zu überprüfen und Kriegsdienstverweigerern die Einreise zu ermöglichen.

Noch besorgniserregender ist, wie Deserteure aus der russischen Armee behandelt werden, wenn sie versuchen, nach Europa zu fliehen. Einem Deserteur wird sofort politisches Asyl in Europa verweigert, weil er auf der Seite eines terroristischen Staates gekämpft hat. Jede Beteiligung im russischen Militär gilt als terroristischer Akt, und da nicht überprüft werden kann, ob die betreffende Person Kriegsverbrechen begangen hat, werden alle über einen Kamm geschert und keinem Deserteur des russischen Militärs Asyl gewährt. Das bedeutet aber, dass Menschen, die gewaltsam und ohne jede Erfahrung an die Front gezwungen wurden und die nicht auf der Seite des Aggressors kämpfen möchten, nirgendwo hingehen können. Deshalb sind die Menschen gezwungen zu bleiben, und es gibt immer weniger Menschen, die desertieren. Das ist auch der Fall bei Solda-

ten, die sich ergeben. Die Menschen haben Angst, sich der ukrainischen Armee zu ergeben, weil sie nicht sicher sein können, dass sie nicht gegen ukrainische Kriegsgefangene ausgetauscht werden. Wenn sie ausgetauscht werden und nach Russland zurückkehren, werden sie schwer bestraft, eingesperrt oder sogar getötet. Wir haben bereits gesehen, wie einige unserer Offiziere eine Person zu Tode geprügelt haben.

Sie werden nirgendwo akzeptiert, also müssen sie im Militär bleiben und für die Sache des Aggressors sterben, mit dem sie nicht einverstanden sind, und sie müssen weiterhin ukrainische Menschen ermorden. Es ist eine sehr schreckliche Situation, und wir hoffen ernsthaft, dass es uns gelingt, eine Änderung der Einwanderungsgesetze auszuhandeln, damit Kriegsdienstverweigerer und Deserteure in die EU-Staaten einreisen dürfen.

**Wie können wir euch unterstützen?**

Eine Möglichkeit ist, uns bei unseren Lobbykampagnen zu helfen. Wir sind dabei, offene Briefe zu verfassen, die von mehreren Organisationen unterzeichnet werden sollen. Jede Art von Unterstützung bei der Formulierung dieser Briefe ist nützlich. Die Formulierung ist bei dieser Art von Dokumenten sehr wichtig, sie ist im Grunde die feine Linie zwischen Ablehnung und Berücksichtigung. Auch die Unterzeichnung dieser Briefe ist sehr nützlich, denn sie zeigt eine breitere Unterstützung, nicht nur von russischen Organisationen, sondern auch von europäischen Organisationen und bekannten Friedensstifter\*innen.

Wenn europäische Friedensorganisationen anfangen würden, sich für das Recht auf Einreise von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren in die EU einzusetzen, wäre das eine enorme Hilfe, weil es zeigen würde, dass auch europäische Organisationen unsere Probleme anerkennen und sich auf die Seite unseres Kampfes stellen und sichere Bedingungen für die Menschen fordern, um die wir uns sorgen.



Im Widerspruch zu den Menschen- und Freiheitsrechten wurde die Bewegung für Kriegsdienstverweigerung von der russischen Regierung am 23. Juni 2023 als „ausländischer Agent“ eingestuft. Nähere Informationen:

<https://de.connection-ev.org/article-3819>



# Von Friedensschwurblern und Cheerleadern des Krieges

Ein sehr persönlicher Rückblick auf den International Summit for Peace in Ukraine

Von Irmgard Ehrenberger

Ich schreibe diese Nachschau in einer der zahlreichen Tropennächte, in denen die Temperatur nur wenig unter 30 Grad sinkt und in denen es schwerfällt, die Gedanken zusammenzuhalten, wirkt doch selbst das bisschen warme Luft des Laptops wie ein Hochofen. Dennoch erscheinen die eigenen Befindlichkeiten lächerlich, wenn ich nachlese, mit welcher Rekordhitze Menschen in anderen Teilen Europas und der Welt zu kämpfen haben. Der Standard zitiert UN-Generalsekretär Guterres: „Die Situation, die wir derzeit erleben, ist ein Beweis dafür, dass der Klimawandel außer Kontrolle geraten ist.“ Selbst US-Präsident Biden erkennt im Klimawandel die „größte Bedrohung für die Menschheit überhaupt“ und meint, dass wir nicht mehr viel Zeit

hätten (Der Standard, 16. 7. 2023). Da irrt er allerdings gewaltig, denn „wir“ haben überhaupt keine Zeit mehr.

Umso erstaunlicher, wie unbeirrt am Kriegskurs gegen Russland festgehalten wird. Statt die Diplomatie mit den vielen zur Verfügung stehenden Verbündeten, v.a. Ländern des Globalen Südens, hochzufahren, haben sich einige Staaten, u.a. die NATO-Staaten, dazu entschlossen, die Rüstungsindustrie in einer Weise anzukurbeln als gäbe es kein Morgen, als müssten nicht zukünftige Generationen einen unvorstellbar hohen Preis für diese Verschwendung von Ressourcen, für diese Millionen Tonnen an Treibhausgasemissionen, die durch Rüstung, Materialtransporte und

vor allem den Krieg selbst in die Atmosphäre gepumpt werden, zahlen. Abgesehen davon, dass durch die nicht enden wollenden Kriege der letzten 30 Jahre die Empathie mit deren Opfern stark nachgelassen hat, ist es unverständlich, dass sich die Erkenntnis, dass sich die Menschheit Kriege und Rüstung nicht mehr leisten kann, bei Politiker:innen und vielen Cheerleadern des Krieges wie Journalist:innen und linksliberalen Intellektuellen, nicht durchgesetzt hat.

Nach anderthalb Jahren des unvorstellbaren Leides und verheerender Zerstörungen fanden sich auf Einladung verschiedener internationaler und österreichischer Organisationen<sup>(1)</sup> über 300 Menschen aus 32 Ländern in Wien ein, um über Wege

(1) Die einladenden Organisationen waren: International Peace Bureau, CODEPINK, World Assembly of Struggles and Resistances of the World Social Forum, Transform! Europe, Europe for Peace, International Fellowship of Reconciliation (IFOR), Peace in Ukraine, Campaign for Peace Disarmament and Common Security (CPDCS), Prague Spring 2 und das Aktionsbündnis Frieden, aktive Neutralität & Gewaltfreiheit (AbFaNG)



zum Frieden zwischen Russland und der Ukraine nachzudenken und zu diskutieren. Rund 300 weitere Interessierte verfolgten die Konferenz online. Der Termin der Konferenz – der 10. und 11. Juni – wurde anlässlich des 180. Geburtstages von Bertha von Suttner am 9. Juni sehr bewusst gewählt. So fand dann auch zum Auftakt der Konferenz am Abend des 9. Juni ein beeindruckendes Friedenskonzert des 1. Frauen-Kammerorchesters Österreichs statt.

„Ich muss rüsten, weil du rüstest,  
weil du rüstest, rüste ich.

Also rüsten wir.

Rüsten wir nur immer zu!“

„NEIN – die Waffen nieder,  
sagt es allen!“

Dieser Text von Bertha von Suttner war einer der zahlreichen Texte zum Frieden, die beim Konzert von Mercedes Echerer vorgetragen wurden und die allesamt leider nicht an Aktualität verloren haben.

Waffenstillstand und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges waren auch die grundsätzlichen Forderungen, auf die sich die Organisator:innen der Konferenz einigen konnten, was sich auch im sehr kurz gehaltenen Abschlussstatement widerspiegelt. Konsens herrschte auch bei der Verurteilung der russischen illegalen Invasion der Ukraine, bei der Unterstützung der ukrainischen Zivilbevölkerung und jener Menschen in Russland und Weißrussland, die im Einsatz gegen den Krieg ihr Leben aufs Spiel setzen. Kontroversiell wurden in den Arbeitsgruppen die Fragen von Waffenlieferungen, die (Nicht-)Mitschuld der NATO-Erweiterung, oder ob der russische Truppenabzug eine Vorbedingung für Verhandlungen sein sollte oder nicht, diskutiert. Kritik wurde auch von russischen Teilnehmer:innen laut, die sich verständlicherweise ein Ende der Despotie der russischen Regierung und einen Abgang des

russischen Präsidenten wünschen. Ein Wunsch, der wahrscheinlich von allen Konferenzteilnehmer:innen geteilt wird. Das delicate Spannungsfeld zwischen notwendigen Friedensverhandlungen mit Despot:innen und dem Unvermögen, Menschenrechte und Demokratie weltweit – und aktuell insbesondere für die Menschen in Russland und Weißrussland – durchzusetzen, wurde angesichts der Monstrosität des Krieges bei der Konferenz nicht ausreichend angesprochen.

### Aruskipasipxañana- kasakipunirakisipawa

Dieses für uns unaussprechliche Wort wurde vom Vizepräsidenten Boliviens, David Choquehuanca, in seinem Beitrag beim Einleitungsplenum eingebracht und stammt aus der Sprache Aymara. Es bedeutet, „dass durch den Dialog die Widersprüche entpolarisiert werden und durch Konsens die Konfrontation verschwindet, wodurch ein Zentrum der Stärke entsteht, das alle schützt. Dialog und Konsensbildung erwecken Bewusstsein, reparieren die beschädigte Komplementarität und stellen Gleichgewicht und Harmonie wieder her, die alle schützt.“ Dem Vizepräsidenten war es ein Anliegen, dass die Weisheit indigener Kulturen in Verhandlungspraktiken Eingang findet. Eine sehr inspirierende Herangehensweise, die jedoch an der Arroganz

mächtiger Staaten scheitern wird. Ebenso scheitern diese alten Weisheiten an der Ignoranz westlicher Journalist:innen. So sieht etwa Fabian Somavilla vom Standard die Rede des Vizepräsidenten „ganz in der Tradition der antiimperialistischen Linken Südamerikas, welche den Schuldigen in der Ukraine ebenfalls eher im Weißen Haus, als am Roten Platz sieht.“ Dass der Vizepräsident aus einer jahrhundertlangen leidvollen Erfahrung mit diesem Imperialismus spricht, kommt ihm nicht in den Sinn – White supremacy vom Besten!

Ebenso bemerkenswert war der Auftritt von Ann Wright, pensionierte Oberst der United States Army und ehemalige Mitarbeiterin des Auswärtigen Dienstes der Vereinigten Staaten. Sie trat aus Protest gegen den Irakkrieg 2003 von ihren Diensten zurück und engagierte sich seither in der Friedensbewegung. Sie machte mehrmals darauf aufmerksam, dass schon Verhandlungen über einen Waffenstillstand geraume Zeit in Anspruch nehmen würden. In einem bemerkenswerten Aufsatz macht sie außerdem auf den 18-seitigen Leitfaden der Vereinten Nationen über die „DOs und DON'Ts“ von Waffenstillstandsverhandlungen aufmerksam. Wieder einmal zeigt sich, wie viel Wissen über die Herstellung von Frieden vorhanden ist und wie wenig davon angewendet wird. Und sie



zeigt auf, wie militarisiert das Denken der US-Regierung ist, die ein völlig neues militärisches Kommandoelement eingerichtet hat, das sich Security Assistance Group-Ukraine nennt und über 300 Mitarbeiter:innen verfügt. Ann Wright kritisiert: „Es gibt keinen einzigen Beamten in der US-Regierung, dessen Vollzeitaufgabe die Konfliktdiplomatie ist, um das Morden im Russland-Ukraine-Krieg zu beenden.“<sup>(2)</sup>

Neben den vielfältigen Arbeits- und Dialoggruppen, deren Ergebnisse in einer Dokumentation zusammengefasst werden<sup>(3)</sup>, waren aber wohl die Zeugnisse von Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und der Bewegungen für Kriegsdienstverweigerung aus der Ukraine, Russland und Weißrussland am beeindruckendsten und auch am bedrückendsten, sie brachten die ganze Tragweite der menschlichen Tragödie zum Ausdruck. Einige von ihnen riskierten sehr viel, um am Gipfel teilzunehmen.

### Leben und sterben lassen

Im letzten Spinnrad (1/2023) verortet Udo Bachmair in der Medienlandschaft einen Konformismus, „der auf Kosten von Qualitätsjournalismus geht und nicht zuletzt auch demokratiepolitisch bedenklich ist. Vor diesem Hintergrund machen Medien zunehmend Politik bzw. treiben die Politik vor sich her.“

Genau dieser medialen Kriegspolitik wäre der Friedensgipfel beinahe zum Opfer gefallen. Es wurde so lange diffamiert, gehetzt und verleumdet, bis der ÖGB, in dessen Räumlichkeiten im Catamaran die Konferenz hätte stattfinden sollen, die Veranstaltung kurzerhand rauskickte – zwei Tage vor Beginn des Gipfels, wo die Tickets der Redner:innen, die nach Wien kamen,

längst gebucht waren bzw. sich Teilnehmende schon auf der Anreise befanden. Es ist wohl dem Geschick einiger der Organisator:innen zu verdanken, dass ein wunderschöner alternativer Veranstaltungsort, der Lorely-Saal im 14. Wiener Gemeindebezirk, gefunden wurde und der Gipfel ohne Störungen durchgeführt werden konnte.

Hier ist wieder eine Parallele zu Bertha von Suttner nicht zu übersehen: Auch ihr wurden alle möglichen Steine in den Weg gelegt, sie hatte ebenfalls Schwierigkeiten, Veranstaltungsräume zu finden, politisches Engagement von Frauen war verpönt. „Friedensbertha“ oder gar „Friedensfurie“ wurde sie beschimpft, heute würde sie wohl wie wir mit den Worten „Friedenschwurblerin“ oder „Lumpenpazifistin“ belegt.

Auch der ukrainische Botschafter war am Versuch, die Konferenz zu verunmöglichen, beteiligt. Es ist seine Aufgabe, die Politik seiner Regierung im Ausland zu vertreten, es ist aber erstaunlich, dass die Versuche, Sichtweisen und Einstellungen zu diesem Krieg ganzen Gesellschaften aufzuzwingen, auf so fruchtbaren Boden fallen und sich der ÖGB, der aus seiner Geschichte heraus genug Erfahrungen mit der Unterdrückung von Rede- und Handlungsfreiheit haben sollte, sich zum Handlanger eines Autoritarismus machen lässt, der alle mundtot machen will, die sich nicht an bestimmte Dogmen wie dem Siegfrieden der Ukraine als einzig mögliche Art, diesen Krieg zu beenden, halten. Und es darf laut darüber nachgedacht werden, wo die Regierungen insbesondere der NATO-Länder in der Vergangenheit Fehler gemacht haben, die die Eskalation befördert haben und wie diese Fehler in Zukunft vermieden werden können.

Der Widerstand gegen den Krieg und die durch ihn entfachte beinahe grenzenlose Aufrüstung wird weitergehen, konkret mit Aktionstagen vom 30. September bis 8. Oktober. Als Versöhnungsbund planen wir bereits eine Veranstaltung mit Clemens Ronnefeldt, Friedensreferent des deutschen Versöhnungsbundes. Nähere Details werden wir im Newsletter bekanntgeben.<sup>(4)</sup>

Mit dem Sky-Shield-Projekt wird nun ein weiterer Militarisierungsschritt gesetzt und ein Schritt hin zur Polarisierung der Bevölkerungen verschiedener Länder, die Einteilung in Freund und Feind wird somit weiter in Stein gemeißelt. Das ist nicht der Ansatz eines Denkens in den Kategorien des Friedens, der Frieden und Sicherheit als eine gemeinsame Anstrengung aller sieht, auch und gerade mit jenen, mit denen wir uns schwertun. Dieses Denken stellt das Wohlergehen des Menschen in den Mittelpunkt und nicht die Sicherheit von Systemen, die die Menschheit in die Klimakatastrophe treiben. „Die Beherrschung des menschlichen Geistes durch die Herren des Systems ist die Hauptwaffe gegen uns, gegen die Kultur des Lebens und die Kultur des Friedens“, meinte der Vizepräsident Boliviens. Es bleibt zu hoffen, die die Zahl derjenigen, die ihr Leben und die Zukunft ihrer Kinder selbst in die Hand nehmen und sich nicht mehr als Kanonenfutter verheizen lassen, einmal größer wird. Dann werden auch wieder Regierungen an die Macht kommen, die fähig sind, mit Konflikten konstruktiv umzugehen. Hoffentlich ist es dann nicht zu spät.

**Irmgard Ehrenberger** ist Co-Geschäftsführerin beim Internationalen Versöhnungsbund - österreichischer Zweig

(2) <https://www.friedenunddiplomatie.de/friedensbewegung/ispu-2023-wien>

(3) Eine Dokumentation des Summits wird voraussichtlich in den nächsten Monaten auf <https://www.peacevienna.org> erscheinen.

(4) Anmeldung zum Newsletter: [www.versoenhungsbund.at](http://www.versoenhungsbund.at)



Internationale Sicherheit muss auf  
der Verpflichtung zum  
gemeinsamen Überleben beruhen  
anstatt auf der Bedrohung durch  
gegenseitige Zerstörung.

**Aus dem Bericht der Palme-Kommission**  
bei der 2. UNO-Sondersammlung zu Abrüstung 1982